



Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden- Württemberg

📅 06.07.2020

ARBEITSMARKT

Arbeitsmarktpolitische Reise in den Regierungsbezirk Karlsruhe



📷 Franziska Kraufmann

Staatssekretärin Katrin Schütz besuchte heute (6. Juli) im Rahmen ihrer arbeitsmarktpolitischen Reise den Regierungsbezirk Karlsruhe. Ziel der Reise war es, sich mit unterschiedlichen Akteuren über verschiedene arbeitspolitische Themen wie die Herausforderungen der Corona-Pandemie sowie Aspekte des Arbeitsschutzes auszutauschen. „Gerade in der aktuellen Krisenzeit ist mir der persönliche Kontakt besonders wichtig. Die Corona-Pandemie hat die Träger der Beschäftigungsförderung vor erhebliche Veränderungen und Herausforderungen gestellt. Auch dem Arbeitsschutz kommt eine besondere Rolle in der Krise zu.“

Die ersten beiden Termine im Rahmen ihrer arbeitsmarktpolitischen Reise führten die Staatssekretärin zum Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) und zum Arbeitslosenberatungszentrum IKARUS

vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Karlsruhe. Dort machte sie sich ein Bild davon, wie die Corona-Pandemie Einfluss auf die Beratung von Familien und Langzeitarbeitslosen im SGB II-Leistungsbezug hat. „Die Einrichtungen stehen vor großen Herausforderungen: Beratung, Vermittlung und Unterstützung von Arbeitssuchenden konnten nur noch online oder telefonisch stattfinden. Gleichzeitig stieg die Zahl der Leistungsbeziehenden, die in der aktuellen Situation eine Reihe neuer Fragen mit sich bringen. Ich bin von der Arbeit der Träger sehr beeindruckt und freue mich, dass die Angebote dank des großen Engagements und der hohen Innovationsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch zu Krisenzeiten durchgeführt werden können“, so Schütz.

Beide Projekte sind Bausteine des Landesarbeitsmarktprogramms „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ und werden vom Wirtschaftsministerium bis Ende 2020 gefördert, wobei eine Weiterförderung bereits in Vorbereitung ist. „Ein besonderer Fokus der Projekte liegt auf Familien mit minderjährigen Kindern und Langzeitleistungsbeziehenden im SGB II-Leistungsbezug. Mit den geförderten Projekten wollen wir diese Menschen gerade auch während der Corona-Pandemie stärken, damit sie Mut fassen, für sich und ihre Kinder erreichbare Perspektiven zu entwickeln“, sagte Schütz. Über Informationen und Berichte der dort Arbeitenden fand ein reger Austausch mit der Staatssekretärin statt. Schütz betonte, dass die Umstände und Gründe, die es verhindern, dass Menschen keine Arbeit finden bzw. nicht lange in Arbeit bleiben, sehr vielfältig seien. „Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass man am Ball bleibt und flexible Möglichkeiten findet und nutzt, um Kontakte aufzubauen und zu vertiefen“, so die Staatssekretärin.

Durch die Corona-Pandemie haben sich die ungleichen Integrationschancen weiter verschärft. Gerade Frauen leisten vermehrt Erziehungs- und Betreuungsarbeit und sind besonders beansprucht. Für Schütz Grund zur Sorge, dass alte Rollenbilder wiederauflebten bzw. sich weiter verfestigten. Langzeitarbeitslose Menschen verfügen oftmals über keine oder lange zurückliegende berufliche Bildung. Ein größerer Anteil kann allenfalls in Helfertätigkeiten vermittelt und langsam an eine Qualifizierung herangeführt werden. Viele Helfertätigkeiten befinden sich allerdings in Branchen, die besonders schwer von der Corona-Krise betroffen sind, wie Gastronomie und Tourismus. Hier ist gute, aufbauende Beratung nötig.

„Durch die finanzielle Förderung der vier Förderbausteine des Landesarbeitsmarktprogramms gelingt es, unterschiedliche Zielgruppen gut zu erreichen und ihnen eine bedarfsgerechte Unterstützung zukommen zu lassen“, erläuterte Schütz. Hierfür setzt das Land jährlich rund drei Millionen Euro Fördergelder ein. 2020 wurden die bisher zwölf BeJuga-Standorte auf 22 Standorte im Land erweitert. Außerdem wurde die Förderung je Standort auf 75.000 Euro pro Jahr angehoben. Damit können vor Ort mehr Familien erreicht werden. Die zwölf Arbeitslosenberatungszentren werden jeweils mit 50.000 Euro gefördert. „Die wichtige Arbeit der Träger soll fortgeführt und Menschen in besonderen Lebenslagen weiter gut unterstützt werden. Die Menschen sollen die Möglichkeit haben, wieder Licht am Ende des Tunnels zu sehen“, betonte Schütz.

Die letzte Station der arbeitsmarktpolitischen Reise war der Besuch bei der OPTERRA Wössingen GmbH. Das Unternehmen ist Vorreiter in Sachen Arbeitsschutz und hat 2017 für seine Sicherheitszentrale den Deutschen Arbeitsschutzpreis bekommen. Die Staatssekretärin hat sich vor Ort die Maßnahmen zur Arbeitssicherheit angeschaut und auch darüber gesprochen, wie die Corona-Pandemie die Arbeitsprozesse beeinflusst.

„Wirksamer Arbeitsschutz ist in einer anspruchsvollen Arbeitswelt, die sich schnell verändert, das A und O. Insbesondere, aber nicht nur in Zeiten von Corona sind Arbeitsschutzmaßnahmen elementar, sie tragen auch wesentlich dazu bei, die Gesundheit und damit die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten“, hob die Staatssekretärin hervor. Die Überwachung der staatlichen Arbeitsschutzvorschriften obliegt den Gewerbeaufsichtsbehörden, oberste Arbeitsschutzbehörde ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau. „Das Wirtschafts- und Arbeitsministerium setzt sich weiterhin mit Nachdruck dafür ein, dass die Gewerbeaufsicht in diesem Bereich personell gestärkt wird“, so Schütz weiter.

Die Firma stellte der Staatssekretärin ihr preisgekröntes und vorbildliches organisatorisches Konzept einer durchgängig besetzten Sicherheitszentrale vor. Diese Sicherheitszentrale ist während des fünf Wochen dauernden Winterstillstands zu Revisionszwecken eingerichtet. Sie dient als erste Anlaufstelle für die zusätzlichen 250 Mitarbeiter von Fremdfirmen, die in dieser Zeit Reinigungs- und Wartungsarbeiten ausüben. „Die Beschäftigten sind die wertvollste Ressource unserer Unternehmen. Die Einrichtung dieser Sicherheitszentrale konnte die Zahl der Arbeitsunfälle drastisch reduzieren. Damit zeigt die Firma vorbildhaft auf, wie Beschäftigte von Fremdfirmen durch organisatorische Lösungen in den eigenen Arbeitsschutz integriert werden können. Wir brauchen genau solche Ideen, um das Wohl der Beschäftigten zu sichern“, zeigte sie sich überzeugt.

Bilder der Reise finden Sie [hier](#).